



# FIGU-

# ZEITZEICHEN

**Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse**



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

1. Jahrgang  
Nr. 18, November 2015

---

## **Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend mit dem FIGU-Gedanken-, Interessen-, Lehre- und Missionsgut identisch sein.

.....

## **Hooton-Plan**

Von [http://de.metapedia.org/wiki/Hooton\\_Plan](http://de.metapedia.org/wiki/Hooton_Plan)

Als Hooton-Plan werden in den 1940er Jahren veröffentlichte Gedanken des Harvard-Anthropologen Prof. Earnest Hooton bezeichnet, die die rassistischen Eigenschaften der Deutschen in den Mittelpunkt stellen und statt der psychosozialen Umerziehung eine biologische «Umzüchtung» und Umvolkung als notwendige Massnahme zu ihrer erfolgreichen und dauerhaften Unterwerfung propagieren.

### **Der «Plan»**

Am 4. Januar 1943 veröffentlichte Hooton im New Yorker «Peabody Magazine» einen Beitrag mit dem Titel: «Breed war strain out of Germans», in dem er – historische Tatsachen ignorierend – den Deutschen eine besondere Tendenz zum Krieg unterstellte<sup>1</sup> und ihre Umzüchtung forderte mit der allgemeinen Zielrichtung, den deutschen Nationalismus zu zerstören. Zu diesem Zweck empfahl Hooton, der unterschiedslos alle Deutschen für «moralische Schwachsinnige» hielt<sup>2</sup>, die Geburtenzahl der Deutschen zu reduzieren sowie die Einwanderung und Ansiedlung von Nicht-Deutschen, insbesondere von Männern, in Deutschland zu fördern:

*«Während dieser Zeit (der Überwachung und Besetzung) soll ebenfalls die Einwanderung und Ansiedlung nichtdeutscher Menschen, insbesondere nichtdeutscher Männer, in die deutschen Staaten gefördert werden.»*

Um grösseren Widerstand bei den Deutschen zu vermeiden, schlug Hooton vor, diese Umzüchtung langsam durchzuführen<sup>3,4</sup>. Ebenso äusserte sich Hooton am 10. Oktober 1944 in der New York Times und an anderen Stellen. Ausser vielfältigen Genmanipulationen, um den Deutschen die „kriegerischen Erbanlagen“ wegzuzüchten, empfahl er, den Grossteil der Angehörigen der Deutschen Wehrmacht für 20 Jahre oder länger in alliierten Staaten als Arbeitsklaven einzusetzen<sup>5</sup>.

### **Ähnliche Gedanken**

In einer kanadischen Schrift wird das Programm auf die Formel «No Germany, therefore no more German wars» gebracht. Der Kriminalschriftsteller Rex Stout trat unter anderem mit seinem Artikel «Wir werden hassen – oder wir werden verlieren» in der New York Times hervor.

Der Journalist William L. Shirer pries die Idee von der Kollektivschuld und schlussfolgerte in einem Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel «They are all guilty — punish them» (Sie sind alle schuldig – bestrafe sie). Ein weiterer Weg der biologischen Ausschaltung wurde in Harvard ausgearbeitet. Die deutschen Männer sollten als Zwangsarbeiter auf die Nachbarvölker verteilt werden und in ihrer Freizeit diese Völker biologisch auffrischen und mit den angedichteten «martialischen Eigenschaften» der Deutschen versehen.



### Nachbetrachtungen

Man hatte sich also gerade auf amerikanischer und britischer Seite intensiv Gedanken gemacht, die deutsche Nation biologisch auszumerzen bzw. wirtschaftlich zu neutralisieren und es ist anzunehmen, dass solche oder ähnliche Überlegungen der seit Jahrzehnten stattfindenden massiven, systematisch gelenkten Überfremdung und Umvolkung Deutschlands zugrunde liegen. Dabei geht es natürlich nicht um die Reduzierung der Tendenz zum Krieg – diese ist nämlich bei anderen Völkern in weitaus grösserem Masse vorhanden –, sondern um die Vernichtung anderer Eigenschaften der Deutschen, die es bisher unmöglich machten, sie dauerhaft zu unterdrücken, und die unter anderem zu zwei Weltkriegen gegen sie führten.

Diese äusserst effektive ‹biologische Waffe› wird mittlerweile in ganz Europa und den USA eingesetzt, um die ‹widerspenstigen› Weissen zu zähmen und eine leicht zu beherrschende Bevölkerungsmasse zu erhalten. In letzter Konsequenz wird, ganz den Vorstellungen Coudenhove-Kalergis entsprechend, eine negrid-eurasische Mischrasse als Einheitsmensch der Neuen Weltordnung gezüchtet, bei der angesichts der momentanen Entwicklung der Weltbevölkerung der negride Anteil am grössten und der europide Anteil am geringsten sein wird. Eine weitere Strategie ist die Verschwulung der Gesellschaft und aktive Förderung der Homosexualität, um nach Möglichkeit deutschen Nachwuchs und intakte Familien zu verhindern. Natürliche und gesunde Abwehrreaktionen der Völker werden dabei mittels Kampfwörtern wie Rassismus, Xenophobie usw. bekämpft.

### Literatur

Frank Hills: Die Liquidierung Deutschlands. Verlag Anton Schmid, ISBN 978-3938235058

Der Hooton-Plan, Nachdruck der Schrift von Earnest Hooton, Hanse Buchwerkstatt (2014)

Von [http://de.metapedia.org/wiki/Hooton\\_Plan](http://de.metapedia.org/wiki/Hooton_Plan)

### Fussnoten

- <sup>1</sup> Laut Chicy Wrights A Study of War aus dem Jahre 1960 waren an 287 Kriegen von 1800 bis 1940 an den meisten Grossbritannien mit 80 Kriegen und Frankreich mit 75 Kriegen beteiligt. Österreich-Ungarn folgt erst auf dem fünften Platz mit 55 Kriegen und Deutschland (einschl. Preussen) sogar erst auf dem zehnten Platz mit 23 Kriegen. Wäre es Hooton also tatsächlich um die Bewahrung des Friedens gegangen, hätte er zuallererst die Umzüchtung der Briten und Franzosen fordern müssen, um dann über die Spanier und Russen, die den dritten und vierten Platz belegen, nachzudenken.
- <sup>2</sup> The Canadian Jewish Chronicle, Oct 20, 1944, S. 8
- <sup>3</sup> Klaus Rainer Röhl: Verbotene Trauer. Ende der deutschen Tabus, S. 49
- <sup>4</sup> Hermann Franzis: Die Zerstörung des politischen Standorts Deutschland – Schritte zur Auflösung einer Nation, Hohenrain-Verlag, Tübingen, 1998, S. 354f., ISBN 3-89180-052-5
- <sup>5</sup> Hooton Says War Blasts Race Myth – Holds Allied Victories Bear Out Scientist On Nazis - Finds All Germans Alike in: New York Times. (Vorschau|PDF)

Für ‹FIGU-Zeitzeichen› zugesandt von Manuel Bretbacher, Österreich

## Wie lange noch, Frau Merkel?

## Ihre wahnsinnige Flüchtlingspolitik treibt Europa in den Ruin.



Die Spatzen pfeifen es inzwischen von den Dächern, dass die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel ein totales Desaster ist. Merkel hat Europa damit einen Bärenienst sondergleichen erwiesen, der sich noch auf lange Zeit sehr negativ auf den sozialen Frieden in den einzelnen europäischen Staaten auswirken wird. Man kann sich den galoppierenden Irrsinn der Kanzlerin nur noch so erklären, dass sie von einem

falschhumanen Wahn befallen ist, den sie um jeden Preis durchsetzen will, um sich ein zweifelhaftes Denkmal als Mutter und Retterin der Flüchtlinge zu setzen. Oder sie handelt als Marionette und auf Befehl der USA-Mächtigen (Regierung, Geheimdienste, Militär usw.), denen es gerade recht ist, dass nun Europa die Folgen der mörderischen und destabilisierenden US-Kriegspolitik ausbaden muss, wodurch nun Millionen von Kriegsflüchtlingen nach Europa drängen, insbesondere mit dem Ziel Deutschland. In deren Schlepptau resp. als Trittbrettfahrer springen weitere Millionen von Wirtschaftsflüchtlingen auf den grossen Zug auf, die ihre Heimat ohne Not verlassen und die hier in Europa ein Leben als Schmarotzer auf Kosten des Staates und der Allgemeinheit führen möchten. Je länger, je mehr macht es aber den Anschein, dass der Wahnsinn von Mutter Merkel bewusst gesteuert ist und Methode hat, wobei sie womöglich aus Hass und aufgrund von Rachegeüsten gegen Deutschland handelt, mit dem Ziel, das deutsche Volk durch das von ihr verschuldete Auslösen dieser unkontrollierten Völkerwanderung auszulöschen. Lesen Sie hierzu auch den Artikel «Was treibt die EU-Mächtigen Merkel und Juncker um?» im FIGU-Zeitzeichen Nr. 8 vom September 2015. Wohin diese verantwortungslose und verbrecherische Politik von Merkel führt, das beweisen die nachfolgenden Artikel über die zunehmend chaotischen Zustände an den europäischen Grenzen, über die die Flüchtlinge sich bewegen. Merkel muss schnellstmöglich als Kanzlerin abgesetzt und durch verantwortungsbewusste Führungskräfte ersetzt werden, sofern es diese gibt.

Achim Wolf, Deutschland

## Kieler-Polizei will keine Berichte über Flüchtlingskrise

Samstag, 24. Oktober 2015, von Freeman um 09:00

Als Bestätigung meines Artikels vor einer Woche hier über einen Maulkorberlass, haben die Kieler Nachrichten (KN) berichtet, Straftaten im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise soll die Öffentlichkeit nicht erfahren. In den als Verschlussache klassifizierten Polizeiberichten werden Straftaten im Umfeld von Flüchtlingen dokumentiert. Die Fälle werden meist aus den öffentlichen Polizeiberichten herausgehalten. Die Redaktion der KN wurde von der Polizei sogar aufgefordert, eine Berichterstattung darüber zu unterlassen. Der Kieler FDP-Politiker Wolfgang Kubicki hält das für einen Skandal.



Laut Redakteur Michael Kluth wurde die Redaktion der Kieler Nachrichten aus der Landespolizei heraus sogar inoffiziell dazu aufgefordert, die Berichterstattung über die «Lagebilder» zu unterlassen. «Sie zündeln!», habe man den Journalisten vorgeworfen.

Wolfgang Kubicki kommentierte den Maulkorb an die KN:

*«Sollte es zutreffen, dass die Redaktion der Kieler Nachrichten tatsächlich von der Landespolizei aufgefordert wurde, nicht über Fälle in der Flüchtlingsthematik zu berichten, die von der Landespolizei selbst als «relevante Ereignisse» eingestuft wurden, dann wäre das ein Skandal. Ressortleiter Michael Kluth berichtet dies in seinem Kommentar von heute:*

*Die Begründung für solch ein Vorgehen, die Presse «zünde» rechtfertigt in keinem Fall die Geheimhaltung offensichtlicher Tatbestände. Sie ist sogar doppelt skandalös. Denn erstens ist die Meinungs- und Pressefreiheit in unserem Grundgesetz festgeschrieben. Sie bildet damit einen der Grundpfeiler unserer Republik. Zweitens dürfen wir nicht jeden, der Kritik übt, ja nur kritische Fragen stellt, in den Senkel stellen und mit dem Vorwurf der Zündelei belegen.*

*Wenn die Verantwortlichen den Eindruck vermitteln, es würden wesentliche öffentlichkeitsrelevante Fakten verschleiert und die Debatte unehrlich geführt, sorgt dies für einen massiven Vertrauensverlust der Menschen in unsere demokratische Ordnung. Es verhindert nicht nur eine sachliche Auseinandersetzung, sondern macht die Menschen erst empfänglich für antidemokratische Kräfte.»*

Also die Boten der Nachrichten sind schuld und nicht die Politiker, die das Chaos verursachen und zulassen. Die Bevölkerung soll dumm gehalten werden, damit sie meint, es ist alles in Ordnung und man hat alles im Griff. Wer über die Flüchtlingskrise informiert oder sogar Fragen stellt, ist mittlerweile in den Augen der deutschen Obrigkeit ein «Brandstifter» und sogar ein Rassist und Nazi.

Das heisst, wer die Tatsachen berichtet «zündet einen Brand an», deshalb soll man lieber schweigen und die kriminellen Taten nicht der Öffentlichkeit bekanntmachen. Eine sehr bedenkliche Einstellung. Klingt nach den Methoden eines Polizeistaates, denn in den faschistischen und kommunistischen Diktaturen gab es auch offiziell keine Kriminalität, weil nichts darüber in den Medien stand.

Dieses Schweigen darüber was passiert, trifft auf viele Ereignisse zu. Man darf keine Tatsachen, die man als «negativ» einstufen könnte über die USA berichten, sonst ist man ein Anti-Amerikaner, nichts über die EU, sonst ist man ein Anti-Europäer, nichts über Israel, denn dann ist man ein Antisemit, nichts über die Migranten, dann ist man ein Rassist ... und die Liste der Tabus ist lang. Alles schönreden und vertuschen lautet die Parole!

Wir leben in einer Welt, wo Fakten keine Rolle mehr spielen.

Quelle:

<http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2015/10/kieler-polizei-will-keine-berichte-uber.html#ixzz3pfEVIpF4>

## **JOHANNA MIKL-LEITNER ZUR MIGRANTENKRISE: MAN MUSS MIT GEWALT RECHNEN – UND UNSERE POLIZEI WIRD MIT GEGENMASSNAHMEN REAGIEREN MÜSSEN**

26. Oktober 2015 Non Profit News Redaktion



Derzeit erreichen pro Tag 9000 Migranten die griechische Küste. Mindestens 6500 Migranten über Slowenien nach Österreich. Doch Deutschland lässt pro Tag jedoch maximal 4500 Menschen über die Grenze. Dies wird nun ein immer grösseres Problem für Österreich. Denn es mangelt an Unterkunftsmöglichkeiten.

Österreich hat in etwa 13 000 Transitplätze, doch 4000 davon sind von Asylwerbern belegt. Bleiben also nur noch 9000 Transitplätze übrig. Im «Krone»-Gespräch sagte die Österreichische Innenministerin Johanna Mikl-Leitner: «Wir sind am Limit.» Zudem sagte sie, dass wenn die EU-Aussengrenze nicht rasch in Griechenland geschützt werde, sei ein Zaunbau an Sloweniens Grenze zu Kroatien «überlegenswert».

Die von Berlin befohlene «Asyl-Bremse» an der bayerisch-österreichischen Grenze, wurde von Mikl-Leitner sehr stark kritisiert: «Deutschland übernimmt aktuell einfach zu wenig Flüchtlinge. Wir brauchen deshalb eine Dämpfung des Zustroms an der EU-Grenze in Griechenland.»



Nicht überraschend für Mikl-Leitner sind die slowenischen Pläne bezüglich des Baus eines Grenzzauns zu Kroatien: «So kann's ja nicht weitergehen. Wenn die Dämpfung des Zustroms an der EU-Aussengrenze in Griechenland nicht rasch funktioniert, ist der Plan der Slowenen überlegenswert.»

Die Ministerin warnt vor einer weiteren Entwicklung: «Unsere Einsatzkräfte stellen fest, dass jetzt das Verhalten der Flüchtlinge emotionaler wird, sie sind panisch. Man muss mit Gewalt rechnen – und unsere Polizei wird mit Gegenmassnahmen reagieren müssen.»

Quelle: <http://pressejournalismus.com/2015/10/johanna-mikl-leitner-zur-migrantenkrise-man-muss-mit-gewalt-rechnen-und-unsere-polizei-wird-mit-gegenmassnahmen-reagieren-muessen/>

## WIR WERDEN EINE ABKEHR VIELER MENSCHEN VOM DEUTSCHEN VERFASSUNGSSTAAT ERLEBEN

26. Oktober 2015 Non Profit News Redaktion



Laut der «Welt am Sonntag» wächst unter den deutschen Sicherheitsbehörden die Kritik an der Flüchtlingspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Vor allem besorgt zeigen sich der Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt, der Bundesnachrichtendienst (BND) und die Bundespolizei. Denn Merkels Asylkurs gefährdet die innere Sicherheit, heisst es.

«Der hohe Zuzug von Menschen aus anderen Weltteilen wird zur Instabilität unseres Landes führen», prognostizierte ein mit Sicherheitsfragen vertrauter Spitzenbeamter. «Wir produzieren durch diese Zuwanderung Extremisten, die bürgerliche Mitte radikalisiert sich, weil sie diese Zuwanderung mehrheitlich nicht will und ihr dies von der politischen Elite aufgezwungen wird», befürchtet er weiter. Seine Analyse ist düster: «Wir werden eine Abkehr vieler Menschen von diesem Verfassungsstaat erleben.»

Eine Integration Hunderttausender illegaler Einwanderer in Deutschland ist angesichts der Zahl und der bereits bestehenden Parallelgesellschaften gar nicht möglich, warnen die Sicherheitsexperten. Stattdessen «importieren wir islamistischen Extremismus, arabischen Antisemitismus, nationale und ethnische Konflikte anderer Völker sowie ein anderes Rechts- und Gesellschaftsverständnis», heisst es in einem unterschiftslosen Papier, das unter hochrangigen Sicherheitsbeamten des Bundes kursiert und der «Welt am Sonntag» vorliegt.

Quelle: <http://pressejournalismus.com/2015/10/wir-werden-eine-abkehr-vieler-menschen-vom-deutschen-verfassungsstaat-erleben/>

## MERKELS AUSSAGEN ZU IHRER ASYLPOLITIK SIND VERFASSUNGSRECHTLICH WEITGEHEND NICHT GEDECKT

26. Oktober 2015 Non Profit News Redaktion



FOCUS Magazin | Nr. 43 (2015)

"Wir verteidigen Europas Werte"

### Asylrecht kennt Obergrenze

*Für das Magazin FOCUS legte der Verfassungsrechtler Rupert Scholz in zehn Grundsätzen dar, dass Aussagen wie zum Beispiel «Wir schaffen das», «Das Asylrecht kennt keine Grenze nach oben» oder «Alle Syrer erhalten in Deutschland Asyl» verfassungsrechtlich weitgehend nicht gedeckt sind.*

#### 1. Asyl begründet keinen Anspruch auf Einwanderung

Das Asylrecht stellt gemäss Art. 16a GG ein ausschliessliches Individualgrundrecht dar, also kein Kollektivgrundrecht, das von ganzen Bevölkerungsschichten oder bestimmten Gruppen kollektiv in Anspruch genommen werden könnte. Anspruch auf Asyl hat nur der Einzelne, wenn er definitiv einen Tatbestand «politischer Verfolgung» gegenüber seiner Person nachweisen kann – so das Bundesverfassungsgericht.

Die Gewährleistung des Asylrechts in Art. 16a GG begründet keinen Einwanderungstatbestand – weder in offener noch in verkappter Form.

#### 2. Jeder EU-Staat hat das Recht auf Grenzkontrollen

Aus der staatlichen Souveränität über das eigene Staatsgebiet folgt prinzipiell auch das Recht zur Einführung von Grenzkontrollen und Grenzsperrern. Hieran ändert für die Europäische Union auch der Vertrag von Schengen nichts. Dieser garantiert zwar innerhalb der EU prinzipielle Freizügigkeit, er erkennt aber durchaus das Recht der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten an, Ausnahmen von der Freizügigkeitsgewähr gerade zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit zu verfügen. Dieses Recht der staatlichen Gebietshoheit ist verantwortlich auch gegenüber Flüchtlings- oder Einwanderungswellen wahrzunehmen.

#### 3. Der Staat muss nationale Identität schützen

Gerade gegenüber überdimensionierten Einwanderungs- oder Flüchtlingsströmen ist das Prinzip der nationalen Identität der Deutschen beziehungsweise Deutschlands zu wahren. Der Grundsatz der nationalen Identität basiert auf den Grundsätzen der deutschen Kultur und ihrer ebenso integralen wie einheitsstiftenden Kraft.

Das Prinzip der nationalen Identität und ihrer Wahrung ist dem Verfassungsstaat vorgegeben und bei entsprechender Gefährdung kraft wehrhafter Verfassungsstaatlichkeit auch aktiv zu schützen. Dies gilt naturgemäss auch und insbesondere gegenüber Flüchtlingen oder Einwanderern aus anderen Kulturkreisen, wie insbesondere dem Islam.

Jeder Flüchtling oder Einwanderer ist verpflichtet, sich zur Werte- und Verfassungsordnung des Grundgesetzes zu bekennen. Wer sich an dieses Gebot nicht hält, sich der Werte- und Verfassungsordnung des Grundgesetzes verweigert, ist nicht berechtigt, gemäss Art. 16a GG die Gewährung von Asyl zu verlangen. Der Gesetzgeber hat nicht nur die Aufgabe, für die nötigen Integrationsmassnahmen zu sorgen, sondern auch über die Wahrung der nationalen Identität zu wachen. Der deutsche Gesetzgeber hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass nicht Kontra- oder Parallelgesellschaften von Angehörigen anderer Kulturkreise begründet werden.

#### 4. Das Asylrecht steht nicht über anderen Grundrechten

Das Grundrecht aus Art. 16a GG verfügt innerhalb der verfassungsrechtlichen Ordnung des Grundgesetzes über keinen Sonderstatus, der das Asylrecht über die Regelungen anderer Verfassungsnormen hinauszu-

heben vermöchte. Wie jedes andere Grundrecht auch funktioniert das Asylrecht nur im Rahmen der verfassungsmässigen Ordnung.

Im übrigen: Im Falle der Kollision oder Konkurrenz des Asylrechts mit anderen Verfassungsnormen ist der Gesetzgeber zum Ausgleich beziehungsweise zur Befriedung der kollidierenden Positionen verpflichtet.

Das Grundrecht auf Asyl untersteht insoweit einem mittelbaren Gesetzesvorbehalt. Im Ernstfall kann das Grundrecht auf Asyl gemäss Art. 16a GG sogar komplett abgeschafft werden. Die sogenannte Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG steht dem nicht entgegen.

#### 5. Das Asylrecht kennt verfassungsrechtliche Schranken

Von herausragender Bedeutung (auch) für die gesetzgeberische Begrenzung des Asylrechts sind die Verfassungsprinzipien des Rechts- und des Sozialstaatsprinzips. Auch das Asylrecht steht unter dem Schrankenvorbehalt der (Sicherheit des Staates und seiner Bevölkerung) (Bundesverfassungsgericht). Das Gleiche gilt für alle sozialstaatlichen Leistungsversprechen, selbst wenn Asylanten eine prinzipielle Gewähr des Existenzminimums zusteht.

Aber auch bei dessen Bemessung verfügt der Gesetzgeber über einen weiten Gestaltungsspielraum. Die Ressourcen und die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates dürfen weder gefährdet noch in Frage gestellt werden. Wer die Grundrechte, namentlich die auf Leben, Gesundheit und Eigentum anderer angreift oder gefährdet, hat keinen Anspruch auf Asylgewährung. Dies hat das Bundesverfassungsgericht insbesondere im Hinblick auf Terroristen betont.

#### 6. Der Bundestag kann Asyl-Obergrenzen einziehen

Aus den Grundsätzen von Rechts- und Sozialstaatlichkeit sowie dem Gebot des Schutzes der nationalen Identität folgt insbesondere auch das Recht – und gegebenenfalls auch die Pflicht des Gesetzgebers, einer Überzahl von Asylbewerbern dann regelungsmässig entgegenzutreten, wenn die Aufnahmefähigkeit des eigenen Landes ernsthaft gefährdet wird.

Der Satz, dass das Asylrecht angeblich „keine Grenze nach oben“ kenne, ist falsch und verfassungswidrig. Der Gesetzgeber kann Obergrenzen festlegen.

#### 7. Wer Regeln bricht, hat keinen Anspruch auf Asyl

Gemäss Art. 16a Grundgesetz untersteht die materielle Gewähr des Asylrechts massgebenden verfahrensrechtlichen Schranken (Asylverfahrensgesetz etc.). Wer sich beispielsweise nicht registrieren lässt, hat keinen Anspruch auf Asylgewährung.

#### 8. Familiennachzug lässt sich rechtlich stoppen

Nach Massgabe des Asylverfahrensrechts haben anerkannte Asylanten heute das Recht auf Nachzug ihrer Familienangehörigen. Dieses Recht basiert aber nicht auf Art. 16a GG. Da hier weitere millionenfache Zuwanderungen drohen, muss der Gesetzgeber dieses Recht wirksam beschränken beziehungsweise für die Zukunft ganz ausschliessen – auch um falschen Erwartungen rasch zu begegnen.

#### 9. Deutschland kann Flüchtlinge zurückschicken

Gemäss Art. 16a GG können sogenannte sichere Drittstaaten gesetzgeberisch benannt werden, für die die Vermutung gilt, dass in deren Bereich kein Tatbestand politischer Verfolgung droht – mit der Konsequenz, dass Anträge auf Asylgewährung von Personen aus solchen Ländern nicht begründet sind. Dies gilt insbesondere für alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, aber auch für Staaten ausserhalb der Europäischen Gemeinschaftsordnung (z. B. Balkanstaaten).

Nach dem Vertragswerk von Dublin ist innerhalb der Europäischen Union jeweils derjenige Mitgliedsstaat zur Prüfung der asylrechtlichen Aufnahmevoraussetzungen verpflichtet, bei dem der Asylsuchende erstmals eintrifft. Kein Asylbewerber hat ein Recht auf Auswahl des Asylstaats oder auf Freizügigkeit. Wenn ein Asylbewerber aus einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union nach Deutschland kommt, ist er nach dem Vertragswerk von Dublin in den jeweils anderen Mitgliedsstaat zurückzuführen.

Diese Grundsätze von Dublin sind von verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in den vergangenen Monaten massiv verletzt worden (Italien, Österreich, Griechenland). Auch Deutschland hat mit seiner Entscheidung, Flüchtlinge insbesondere aus Ungarn direkt aufzunehmen, gegen die Grundsätze von Dublin verstossen.

Es ist dringend erforderlich, dass sich alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wieder auf die Grundsätze des Vertragswerks von Dublin besinnen und dies uneingeschränkt wieder zur Anwendung bringen.

#### 10. Die geplanten Transitzonen sind mit der Verfassung vereinbar

Nur wenn die vorstehenden Grundsätze uneingeschränkt beachtet und vom Gesetzgeber effektiv umgesetzt werden, besteht Aussicht darauf, dem gegebenen Flüchtlingschaos einigermassen wirksam zu begegnen. Die von der Bundesregierung jetzt vorgesehenen Massnahmen sind sicherlich hilfreich, genügen aber nicht.

Hervorzuheben ist aber namentlich der Plan, für die Registrierung von Asylbewerbern entsprechende Transitzone grenznah zu errichten. Die Errichtung solcher Transitzone ist verfassungsmässig.

Quelle: <http://pressejournalismus.com/2015/10/merkels-aussagen-zu-ihrer-asylpolitik-sind-verfassungsrechtlich-weitgehend-nicht-gedeckt/>

## DEUTSCHLAND FÜR ZWANGSQUOTE ZUR LÖSUNG DER FLÜCHTLINGSKRISE

29. Oktober 2015 Non Profit News Redaktion



Merkel will Tausende Flüchtlinge direkt aus dem Nahen Osten holen, um ihnen die gefährliche Reise zu ersparen.

Im Folgenden ein von uns übersetzter Artikel, den der englische Guardian veröffentlicht hat. Den Link zum Originalartikel finden Sie am Ende des Artikels.

Deutschland muss sich noch intensiver und extensiver um die Flüchtlingspolitik der EU kümmern, so die Entscheidungsträger aus Berlin. Man will dauerhaft Zwangsquoten einführen, um die Verteilung der möglicherweise hunderttausenden Flüchtlinge sicherzustellen, die direkt aus dem Nahen Osten kommen.

Berlins Pläne sind auch die Privatisierung der Grenzsicherung, die am besten durch eine EU-weite Steuer finanziert wird. Die Pläne sind in Berlin und Brüssel bereits in Vorbereitung.

Man rechnet mit heftigem Widerstand und grösseren Unruhen innerhalb der EU. Berlin unterstützt die dauerhaften und bindenden Pläne der EU-Kommission. 15 der 28 EU-Staaten hingegen sind dagegen. Die Pläne werden in Grossbritannien nicht umgesetzt, da es kein Teil der Schengenzone ist und sich nicht an der EU-Asylpolitik beteiligt.

Angela Merkel ist fest entschlossen, denn die Flüchtlingskrise wird ihr politisches Erbe bestimmen. Die deutsche Kanzlerin ist wütend auf die Regierungen der östlichen und südlichen EU-Staaten, die sich entschlossen gegen ihren Plan aussprechen, Flüchtlinge verpflichtend zu importieren. Sie wirft ihnen vor, Russland und Putin gegenüber Solidarität zu zeigen, während man in der wichtigen Flüchtlingsfrage querschiesse.

Die EU-Staatsführer vereinbarten letzten Monat, für die 160 000 bereits in der EU befindlichen Asylsuchenden eine Lösung zu finden, und sie in den nächsten zwei Jahren aus Griechenland und Italien zu holen. Doch die Entscheidung war nur mit Mehrheitsbeschluss zu erringen, vor allem gegen den Widerstand in Osteuropa. Der ungarische Premierminister Viktor Orban nannte Merkel eine «moralische Imperialistin». Solche Mehrheitsbeschlüsse sind sehr unüblich in EU-Entscheidungsfragen. Berlin hingegen will auch dann am Plan festhalten, wenn kein Konsens erzielt wird.

Die Gegner sind der Überzeugung, die Abstimmung sei ein einmaliger Ausrutscher gewesen. Doch wenn es nach den Entscheidungsträgern in Berlin geht, will Merkel noch weitergehen und die Flüchtlinge regelrecht in Massen aus anderen Staaten importieren, insbesondere aus der Türkei, wo bereits mehr als 2 Mio. Syrer warten.

Man hört aus Berlin gerüchtheilber, dass man an EU-weiten Abkommen mit Drittländern wie der Türkei arbeite, um Flüchtlinge in beliebiger Zahl direkt nach Europa zu bringen. Im Gegenzug würden sich die



Partnerstaaten verpflichten, ihrerseits künftige Flüchtlinge zu behalten und human zu behandeln. In anderen Worten, die EU würde Flüchtlingscamps in diesen Drittstaaten finanzieren, die dafür auch bereit wären, die Flüchtlinge abzuweisen, die kein Asyl in Europa bekämen.

Nach Gesprächen mit Ankara schien Merkel überzeugt, dass Ankara in dieser Position mitspielt. Merkel erntete allerdings Kritik, blind gegenüber den Menschenrechtsverstößen der Türkei zu sein. Wer sie kennt, weiss allerdings auch, dass sie sich gerne schamlos anbietet, wie in diesem Falle bei der Türkei, wenn es ihren Zwecken nützt.

Die Pläne Berlins und Brüssels sind auch, die äusseren EU-Grenzen zu «europäisieren». Im Klartext würde das den Autonomieverlust der Staaten bedeuten – zugunsten aufstrebender Firmen wie Frontex, der schon jetzt für Flüchtlings-Zuteilung, -Inhaftierung und -Verschleppung zuständig ist.

Von dienstälteren Diplomaten und Offiziellen in Brüssel hört man, dass das ein Eingriff in die nationale Souveränität sei, die für einige Regierungen nur schwer zu akzeptieren sei. Die Entscheidungsträger in Berlin sind sich dessen voll bewusst und gehen daher die Politik der kleinen Schritte.

Man ist sich darin einig, dass die Flüchtlingskrise einen EU-weiten Notfall darstellt, der gemeinsame Strategien benötigt. Diese neue Strategie scheint nun teuer zu werden. Allein in Bayern, wo die meisten der Flüchtlinge ankommen, werden nun 3000 zusätzliche Schulklassen benötigt, was die Behörden in Personal- und Platznot bringt.

Auch Merkel ist sich der Probleme bewusst und versucht daher, ihren Plan vorsichtig und in Etappen durchzuführen. Sie weiss offenbar, dass die Krise noch schlimmer werden wird, was ihre politischen Gegner noch näher zusammenrücken lässt.

Berlin rechnet mit mindestens 1 Mio. weiterer Flüchtlinge noch dieses Jahr, und Merkel muss selbst aus eigenen Reihen Kritik für ihre freizügige Politik einstecken.

Die EU-Kommission fordert dauerhafte Lösungen zur Flüchtlingsverteilung quer durch Europa. Berlin steht in dieser Frage zu 100% hinter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Am EU-Gipfel letzte Woche vermied man das Thema allerdings, es war noch zu kontrovers.

Als man allein letzten Monat 160 000 Flüchtlinge innerhalb der EU verteilen musste, waren viele führende EU-Politiker noch der Ansicht, es wäre eine vorübergehende und einmalige Sache gewesen. Für Berlin hingegen ist es erst der Anbeginn neuer europaweiter Asyl- und Migrationsstrategien.

Juncker rief am Sonntag zu Gesprächen nach Brüssel, nachdem Kroatien, Slowenien und Österreich in Bedrängnis geraten waren, als Ungarn die Grenzen schloss und damit die Flüchtlinge aus der Türkei und Griechenland blockierte, die über die Balkanroute nach Europa wollten.

Immerhin hat der deutsche Plan zur massenhaften Integration der Flüchtlinge auch den Nebeneffekt, das Menschenschmuggler-Wesen vielleicht einzudämmen, doch unklar ist, ob der Plan aufgeht.

Wenn es nach Berlin geht, muss der zentrale Plan auch zentral finanziert werden, um einem Durcheinander regionaler Lösungen entgegenwirken zu können. Dazu könnte eine neue europaweite Steuer eingeführt werden, ansonsten würde der Plan ein Milliardenloch in das ohnehin schon strapazierte Budget der EU-Staaten reissen.

Originalartikel:

<http://www.theguardian.com/world/2015/oct/23/refugee-crisis-germany-push-compulsory-eu-quotas>

## Merkel ist Deutschlands schlimmster Feind

von jurabuch Pro @ Sonntag, 25. Okt, 2015 – 21:46:48

Leider scheint sich meine Warnung, dass Angela Merkel Deutschlands schlimmster Feind ist, täglich mehr zu bestätigen. Heute konnte man in «Welt online» und «Welt am Sonntag» lesen, dass Sicherheitsbeamte über Merkmals Politik der Masseneinwanderung entsetzt sind und grösste Gefahren für Deutschland sehen. Was jeder nüchtern denkende Mensch schon seit geraumer Zeit weiss, scheint in die Spatzenhirne dieser deutschfeindlichen und vollkommen unfähigen Regierung nicht reinzukommen: Wenn Millionen von Fremden aus völlig anderen Kulturkreisen hier praktisch unkontrolliert einmarschieren können, ist das eine ungeheuerliche Gefahr. Kriminelle aller Art bis hin zu Terroristen können sich einnisten und die schlafende Bundesregierung merkt mal wieder rein gar nichts. Im Gegenteil: Frau Merkel, die offenbar noch viel dümmer ist als ich ohnehin befürchtet habe, beharrt wie immer auf ihren Fehlern und meint in ihrem Grössenwahn, ihre wahnsinnige Politik sei alternativlos. Alternativlos ist allenfalls die Dummheit und Deutschfeindlichkeit dieser Regierung.

Systematisch wird Deutschland ruiniert, und um davon abzulenken, hetzen die Deutschenhasser in den Altparteien gegen jeden, der es wagt, für die Interessen Deutschlands einzutreten. Kein Wunder, dass der CDU jetzt die Anhänger und die Mitglieder in Scharen davonlaufen. (Seehofer und Schäuble warnen bereits davor). Und der offen deutschfeindlichen SPD geht es ähnlich. Bei den Grünen hat sich nichts geändert, weil sie schon immer weltfremd, verrückt und deutschfeindlich waren mit einer starken Neigung zum Perversen, siehe ihr Verhalten in Sachen Kinderschänder. Wie grauenhaft falsch Merkels Politik ist, müssten die bisherigen CDU-Anhänger schon daran erkennen, dass ausgerechnet der alte Steinewerfer, Chaot und Deutschenhasser Josef Fischer Merkels deutschfeindliche Politik unterstützt. Jeder anständige Deutsche müsste spätestens jetzt erkennen, dass Merkel da von der falschen Seite Beifall bekommt. Und die Reaktion in den anderen EU-Ländern? Nahezu überall wird Merkels idiotische Politik der Masseneinwanderung abgelehnt. Ausser leeren Sprüchen kommt auf EU-Ebene nichts heraus und Merkels Hoffen auf die EU ist töricht und reines Ablenkungsmanöver. Eine volksfremde Politikerin wie Merkel kann einfach nicht begreifen, dass es in den anderen EU-Ländern Regierungen gibt, die versuchen, die Interessen ihres Landes zu vertreten. Merkel hat das noch nie versucht, sondern war schon bei dem Irakkrieg auf Seiten des US-Kriegsverbrechers Bush. Immer hat Merkel für das Ausland, das Grosskapital und gegen die Interessen der deutschen Normalbürger gehandelt. Merkel hat aber weder genügend Charakter noch genügend Verstand, von ihrer irrsinnigen Politik abzulassen und endlich zur Vernunft zu kommen. Als erstes müsste dafür die klare Aussage kommen: Wir können und wollen nicht noch weitere Massen von Fremden aus völlig anderen Kulturkreisen aufnehmen. Aber Merkel versucht weiterhin, mit dummen Sprüchen und dem bei ihr üblichen hohlen Geschwätz die Probleme zu vernebeln. Das eigentliche Problem ist aber, dass Merkels Umfeld bisher zu feige ist, diese Landesverräterin zu stürzen. Merkel hat sich ja im Laufe der Jahre mit blossen Speichelleckern umgeben, denen das Wohl Deutschlands scheissegal ist, solange Merkel ihnen Pöstchen verschafft. Zwar rumort es bei den normalen CDU-Mitgliedern ganz gewaltig, aber wie in einer Diktatur sind die Spitzenposten mit erbärmlichen Lakaien besetzt, denen es offenbar am nötigen Verstand und Anstand fehlt und die deshalb auch die grössten Dummheiten Merkels beklatschen. Leider versagen die Grünen und die Linke, die ja eigentlich Opposition sein sollten, noch mehr als das CDU-Wahlvolk, weil sie noch deutschfeindlicher sind. **So bleibt also nur die Hoffnung, dass der Druck von Seiten der Normalbürger immer stärker wird und die deutschfeindlichen Politiker endlich zu spüren bekommen, dass ihre Politik gegen die Wünsche der Bevölkerung ist.** Dass die Bevölkerung nie über diese irrsinnige Völkerwanderung abstimmen konnte, ist typisch für das Merkelregime, dessen demokratische Legitimation allmählich kaum grösser ist als die von Honecker am Ende der DDR. Und wie damals die Machthaber der DDR will die ehemalige FDJ-Funktionärin Merkel nicht begreifen, dass sie gehen muss, weil sie allzulange Politik gegen die Bevölkerung gemacht hat. Es gibt viele Gründe, weshalb Merkel unerträglich ist: Sie ist ein Feind von Demokratie, Rechtsstaat und Deutschland. Ihre einzigen Fähigkeiten sind lügen, dummschwätzen und gegen innerparteiliche Konkurrenten intrigieren. All das hat sie bei der FDJ gelernt. In einer Diktatur kann man das brauchen, aber in einer Demokratie sind solche «Fähigkeiten» ein Grund, Politiker aus dem Amt zu jagen. Merkel muss weg! Je früher, desto besser. Sie hat schon viel Schaden angerichtet und täglich wird es schlimmer.

Gerade lese ich eine Warnung des Präsidenten des bayerischen Gemeindetages, der davor warnt, **bis 2020 könnten 20 Millionen (!!!) Muslime in Deutschland sein, weil durch den wahnsinnigen Familiennachzug ja nochmals viele Millionen Einwanderer kommen.** Dass dadurch ganz Deutschland durcheinander gebracht und bis zur Unkenntlichkeit verändert wird, ist ausser den deutschfeindlichen und geisteskranken Grünenfunktionären und anderen Deutschen Hassern (Gabriel, Maas usw.) wohl allen klar.

(Anmerkung: Der genannte Artikel findet sich hier:

<http://www.bayern-depesche.de/politik/gemeindetagspraesident-rechnet-bis-2020-mit-20-millionen-muslimen-in-deutschland.html>)

Gesendet: Dienstag, 27. Oktober 2015 um 09:19 Uhr

Von: "Achim Wolf"

An: jurabuch@web.de

Betreff: Kopierecht-Anfrage

Guten Tag,

dürfte ich für Ihren Artikel «Merkel ist Deutschlands schlimmster Feind» bei <http://anti-merkel.blog.de/2015/10/25/merkel-deutschlands-schlimmster-feind-20769118/> die Erlaubnis für eine eventuelle Wiederver-

öffentlichung bekommen? Die Plattform wäre ein Organ des Vereins FIGU ([www.figu.org/ch](http://www.figu.org/ch)), der sich auch mit der Verantwortungslosigkeit von Angela Merkel auseinandersetzt, siehe hierzu z.B. den Artikel «Offene Schleusen und völlige Konfusion» bei: [http://www.figu.org/ch/files/downloads/figu\\_in\\_bezug/figu\\_in\\_bezug\\_ueberbev\\_3.pdf](http://www.figu.org/ch/files/downloads/figu_in_bezug/figu_in_bezug_ueberbev_3.pdf)

Mit freundlichen Grüßen  
Achim Wolf  
[www.freunderwahrheit.de](http://www.freunderwahrheit.de)

Gesendet: Dienstag, 27. Oktober 2015 um 09:26 Uhr  
Von: jurabuch [jurabuch@web.de](mailto:jurabuch@web.de)  
An: "Achim Wolf"  
Betreff: Re: Kopierecht-Anfrage

Sehr geehrter Herr Wolf,  
herzlichen Dank für Ihre nette Anfrage. Selbstverständlich dürfen Sie meine Artikel verwenden. Ich freue mich ja, wenn meine Vorstellungen verbreitet werden. Im Augenblick bekomme ich so viel Zustimmung, dass ich die Schreiben kaum noch bewältigen kann, denn ich mache das ja nicht als Beruf, sondern aus privatem politischem Interesse. Wir leben in dramatischen Zeiten und Sie sind sicher ebenso wie ich und viele Mitbürger gespannt, wie es weitergeht.  
Ich wünsche Ihnen alles Gute.  
Gerhard Hasslocher

## IMPRESSUM

### FIGU-ZEITZEICHEN

**Druck und Verlag:** Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

**Redaktion:** «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

**Abonnemente:**

Erscheint unregelmässig; Preis pro Einzelnummer: CHF 2.–

(Zusammen mit einem Abonnement der «Stimme der Wassermannzeit» oder der «Geisteslehre-Briefe» als Gratis-Beilage.)

**Postcheck-Konto:** FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

**Internetz:** [www.figu.org](http://www.figu.org)

**FIGU-Shop:** <http://shop.figu.org>



© FIGU 2015  
Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter  
[www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz